

Quelle Göttinger Tageblatt vom 02.04.2011  
Seite 32  
Ressort Wissenschaft & Wetter  
Autor Von Angela Brünjes  
Kommentar PRI vom 31.03.2011

# Autonomie als Markenzeichen des Neubeginns

## Max-Planck-Gesellschaft: Blick auf Vorgänger Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und heutige Ziele

Göttingen gilt als eine Art Keimzelle der Max-Planck-Gesellschaft. Und deshalb, erklärte Prof. Armin Nave, Direktor am Göttinger Max-Planck-Institut für experimentelle Medizin, sei es der richtige Ort, um grundlegende Fragen zur Max-Planck-Gesellschaft (MPG) zu stellen. "Forschung für die Demokratie. Die Gründung der Max-Planck-Gesellschaft in Göttingen" lautete der Titel des ersten Forums, zu dem Nave nahezu 100 Gäste begrüßte. Weitere fünf Foren zu anderen Themen folgen an verschiedenen MPG-Standorten.

Obwohl im Februar 1948 in Göttingen gegründet, hat die MPG in diesem Jahr am 11. Januar in Berlin 100. Geburtstag gefeiert: Denn an diesem Tag im Jahr 1911 wurde die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) gegründet, deren Nachfolgerin die MPG ist. Deren neuer Name war eine Vorgabe der Alliierten nach dem zweiten Weltkrieg. Sie duldeten keine Forschungsorganisation, die nach dem letzten Kaiser benannt war. Aber, so Historiker Prof. Manfred Heinemann aus Hannover, es bestand auch kein Interesse, die Fähigkeiten der deutschen Wissenschaftler zu verlieren, "möglicherweise in die Sowjetunion." Wohl auch, weil die Überwachung, die nach Angaben von Heinemann viele Jahre andauerte, in Deutschland einfacher war.

Aber es war auch unumstritten, dass die KWG nicht nur zum Zeitpunkt ihrer Gründung eine Innovation war. "Sie ermöglichte es, weiter zu forschen und nicht an den Mainstream gebunden zu sein. Das ist heute noch ziemlich einzigartig", erklärte Prof. Jürgen Renn, Direktor am Berliner MPI für Wissenschaftsgeschichte.

Doch für die KWG änderten sich mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten die Zeiten: die Staatsabhängigkeit

wuchs gigantisch, so Heinemann. Und die KWG, so Renn, bot sich selbst an für Rüstungs- und Rassenforschung. Und dafür fand der Göttinger Historiker Prof. Bernd Weisbrod, der sich gegen Ende der 90-minütigen Podiumsdiskussion zu Wort meldete, deutliche Worte: "Die KWG-Direktoren haben die Nationalsozialisten unterstützt - mit ihrem Verhalten gegenüber jüdischen Kollegen und mit der Kriegsforschung."

In den vergangenen Jahren hat die MPG die Geschichte ihrer Vorgängergesellschaft untersuchen lassen. "Fest verwurzelt in der Demokratie", so Renn, setze die moderne MPG auf Transparenz. Prof. Reimar Lüst habe als von 1972 bis 1984 als Präsident die Demokratisierung der MPG vorangetrieben, erklärte Renn.

Fachbeiräte für jedes Institut richtete Lüst ein, sorgte für Mitarbeiter-Beteiligung und erklärte als seinen Wahlspruch: "Mehr Demokratie in der MPG wagen, aber umso mehr Toleranz üben". Ohne dabei das vom ersten KWG-Präsidenten, Adolf von Harnack, geprägte Prinzip, einem exzellenten Wissenschaftler ein Team und Forschungsräume zu geben, abzuschwächen, betonte Diskussions Teilnehmer Lüst. Er wies darauf hin, dass heute 25 Prozent der Direktoren aus dem Ausland stammen. Ein Indiz für die weit fortgeschrittene Internationalisierung.

Moderator Jan-Martin Wiarda ging auf die Autonomie ein, die die MPG, die ein eingetragener Verein ist, prägt. Und die Präsidentin der Georg-August-Universität, Prof. Ulrike Beisiegel, machte die Unterschiede deutlich. Für die Universitäten sei die Verpflichtung zur Lehre die wichtige Aufgabe neben den Forschung. Aber auch die Universitäten seien auf Freiraum für die Forschung angewiesen. Immerhin, darauf verwies Physiker

Lüst, "wird auch heute noch 95 Prozent der Forschungsleistung von den Universitäten erbracht".

Beisiegel betonte, dass die Kooperation mit den Max-Planck-Instituten in Göttingen ein großes Anliegen der Universität sei. Hier habe es in den vergangenen Jahren viele erfolgreiche Projekte gegeben. Ein Verdienst auch des jetzigen und vom MPI für biophysikalische Chemie in Göttingen kommenden MPG-Präsidenten Prof. Peter Gruss, so Lüst.

Unterstützung in ihrer Forderung, Geisteswissenschaftler und Ökonomen stärker in die Forschung von Naturwissenschaftlern einzubeziehen, erhielt Biochemikerin Beisiegel von Wissenschaftshistoriker Renn. Dieser betonte zwar die Richtigkeit der Grundlagenforschung als Hauptaufgabe der MPG, aber die Zusammenarbeit verschiedener Disziplinen müsse verstärkt werden.

In der zu kurz behandelten Frage, was Wissenschaftler zur Demokratie beitragen können, waren sich die Diskussions Teilnehmer einig, dass Beteiligungs- und Informationsmöglichkeiten heute größer als je zuvor sind. Die in den 1970er-Jahren vom damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) geforderte Bringschuld der Wissenschaft, sei zumindest über das Internet gewährleistet und durch die von der MPG initiierten Berliner Erklärung, stellte Renn fest. Das, so Beisiegel, reiche nicht: "Es geht auch darum, dass ein Wissenschaftler seine Forschung erklären kann, übersetzen kann." Forscher beziehungsweise die Gemeinschaft der Wissenschaftler sollte sich mehr Zeit nehmen, der Gesellschaft Forschungsergebnisse zu erklären.

